

Verbänden, die wir oben geschildert haben, zusammenschließen, um auch praktisch eine Macht zu bilden. Um auch wirklich als Erneuerer aufzutreten zu können — um die nötige Autorität zu besitzen? Um ihrer Sache noch einen recht erhebenden Anstrich zu geben, wurde so oft wie möglich „von dem großen Kriegserlebnis“ gesprochen, wovon diese Jugend ihre gewaltigen Inspirationen erhalten haben wollte. Sie hatte damit Erfolg, denn diejenigen, die wirklich diesen Krieg in seiner ganzen tödlichen und verderblichen Gestalt erlebten, schwiegen besänftigt, weil sie ihr Innerstes nicht zu einer öffentlichen Aneklamelle machen wollten. Und so wurden viele vermeintliche Erleber heran und eroberten sich Einfluss und Gewalt. Die besonnene Welt war zu sehr von allen möglichen anderen Dingen und Sorgen eingenommen, als daß sie dem gefährlichen Spiel Einhalt geboten hätte.

Es wird noch einer geraumen Zeit bedürfen, bis diese Verherrlichung der Jugend ihr Ende genommen hat und viel Schaden wird in dieser Zwischenzeit noch angerichtet werden. Ist es darum nicht wahrlich an der Zeit, endlich viel mehr das Wesentliche für die Jugend herauszuschälen und alle Erziehungs-, Ausbildungs- und Begeisterungsarbeit an der Jugend in Vereinen und Verbänden, in Organisationen und Gewerkschaften auf dieses Wesentliche einzustellen. Was ist dieses Wesentliche?

An allen großen Bewegungen ist irgend etwas wahres, irgend etwas, das des Nachdenkens wert ist. Auf der Rechten redet man von der vaterländischen Idee, auf der Linken von der sozialistischen, die wir hier einmal im letzten Sinne als die soziale deuten wollen. Beide Ideen werden — wie bereits gesagt — auf beiden Seiten falsch verstanden, sind aber grundsätzlich und richtig genommen, als überaus hoch zu bewerten. Und beide Ideen kommen sich eigentümlicherweise sehr nahe, sie gehen bei ganz genauer Betrachtung sogar ineinander über.

Mit dem Schlagwort vaterländisch hat man vor allem die Jugend erfassen wollen. Und keine Phrase ist häufiger von echter Vaterlandsliebe entfernt, als diese: Liebe zum Vaterland — was ist das? Was bedingt diese Liebe?

Derjenige, der seinen Acker bebaut, der irgendein Stück Boden, — vielleicht ist es sein Garten, — gräbt und bepflanzt, auf daß er Früchte bringe, der vergrößert sein Vaterland, der schenkt Deutschland ein Stückchen guter, fruchtbarer Erde. Jeder Garten, den wir bepflanzen, jedes Feld, das wir befrüchten, ist eine Gabe, die wir Deutschland schenken. Und derjenige, der sich selbst bildet, der sein eigenes Blut und seinen eigenen Geist in die ewig harmonische Form dieses Lebens bringt, — der in mühevollen Stunden mit seinem ganzen inneren Wesen höher hinauf zu dringen sucht — dieser Bildner seiner selbst schenkt seinem Vaterland ebenfalls eine große, seine größte Gabe: die Kraft seines eigenen, ganzen Ichs. Und ganz allgemein gesprochen: Wer seinen Beruf erfüllt, und außerhalb dieses Berufes möglichst den eigenen Menschen bildet — der schenkt dem Vaterland Güter. Und er allein liebt sein Vaterland in der Tat.

Solche Gesinnung aber ist zugleich schon sozial. Wahrscheinlich sozial — indem sie materielle wie geistige Güter nicht nur für sich, sondern auch für andere schafft, — anderen zur Verfügung stellt. Hier vereint sich die vaterländische und die soziale Idee.

Und wenn wir von einer „vaterländischen Pflicht“ und einer „sozialen Notwendigkeit“ reden wollen, dann liegt sie hier. Hier und nirgends anders. Und es ist durchaus keine vaterländische noch soziale Pflicht, sich einem „Bund“ anzuschließen, sich einen Helm zu kaufen oder in großen Umzügen lästigen Rumor zu machen, oder gar — ohne Not, sich totzuschicken zu lassen.

Man sage der Jugend die Wahrheit und weise sie auf die unvergifteten Quellen hin, an denen sie durstend trinken kann. Dabei ist es selbstverständlich, daß eine wirklich höherstrebende Jugend auch in gewissen Vereinigungen, die auf weltanschaulicher Basis stehen, sich sammeln dürfen — ja sollen. Und wahrlich, sie könnten aus dem Bekanntheit der Segner lernen. Aber sie müssen erkennen, daß alles äußere Tun und Komödienstück nicht allzuviel bedeutet, sondern daß der einzelne Mensch in der wirklichen fruchtbringenden Einzelheit des Alltags seinen letzten Zweck erfüllt.

Zu solcher Lebensauffassung zu erziehen, wird in erster Linie immer Aufgabe des Elternhauses sein. Von hier aus kommt der eigentlich bestimmende Strom in den Kreislauf des jugendlichen Blutes. Dazu aber treten die anderen Faktoren: die Schule, die kirchliche Autorität usw. Und nicht zuletzt: der Einfluß des Freundes auf den Freund. Wichten diese Faktoren zusammen, so wird es erreicht werden, daß überall in allen öffentlichen und privaten Betrieben, in Fabriken und Büros und anderswo einzelne am Werk sind, die auch trotz ihrer Jugend sich nicht scheuen, sich zu dem zu bekennen, was sie innerlich sein wollen, und die auf Grund ihres Charakters dem Segner mehr einen Gegenbeweis bieten, als alle lärmenden Wortkravalle. Aus dieser Jugend aber werden die Männer erwachsen, die ganz und gar wissen, was sie wollen und nicht die betrübenden ewig hin und her schwankenden Bilder von Menschen bieten, die sich nicht trauen etwas zu sein oder ja nirgends anstehen möchten. Auf die Haltung des Einzelnen innerhalb seines alltäglichen Wirkungskreises kommt es also an. Sie können eine Macht verkörpern, die zwar geheim und still arbeitet, die aber umso gewaltiger in ihren Auswirkungen ist. Mit äußeren Gegendemonstrationen gegen „Rote“ und „Vaterländische“ ist nicht viel geholfen. Demonstrationen reizen immer zum Widerstand.

Es wäre gut, wenn wir in Deutschland die jehigen österreichischen Wahlkämpfe, in denen die Jugend eine bedeutende Rolle spielt, zum Anlaß nähmen, nicht allein über Paradedemonstrationen und Wahlzügen lang und breit zu berichten, oder die Häßlichkeit des roten Schutzbundes mit allen Künsten nachzuweisen — zur Abwehr dieser Ruten sorgt schon die österreichische Presse allein — sondern das Problem einmal gründlich anzufassen. Geben wir der Jugend eine bessere Idee als die der Selbstverherrlichung. Solange ihre Vergottlichung so weiter geht, wie sie 1918 angebahnt hat, solange wird sich diese Jugend notwendigerweise zu irgendeinem Radikalismus schlagen. Und es hilft nichts, daß wir dann nachher auf diesen Radikalismus das Feuer des Himmels herabwünschen.

# Die Gliederung des Reiches

Fortsetzung der großen innerpolitischen Aussprache im Reichstag  
Eine zweite Rede des Reichsinnenministers

Berlin, den 19. März.

Der Reichstag hat gestern die Beratung über den Haushalt des Innenministeriums fortgesetzt. Dabei handelte die Gliederung des Reiches im Mittelpunkt der Erörterungen. Der Gegensatz zwischen Föderalismus und Unitarismus, der sich schon am Donnerstag zwischen dem Redner des Zentrums und dem der Deutschen Volkspartei gezeigt hatte, kam nun zwischen Bayerischer Volkspartei und Demokraten noch schärfer zum Ausdruck. Der Innenminister, der schließlich Stellung nahm zu der in der allgemeinen Debatte vorgebrachten Kritik, vermittelte sorgfältig, auf diese Artweise einzugehen.

Abg. Koch (Dem.)

stellte zunächst eine staatsrechtliche Erörterung an und meinte, das Verhältnismäßigkeitsprinzip sei von der Rechten ausgegeben worden in dem Augenblicke, als man sich auf den Boden der Tarifrassen stellte. Schaffe sich das Volk wieder einmal ein Kaiserreich, so sei das jedenfalls nicht legitim. Wie sich die Rechtsparteien mit der Außenpolitik abgefunden hätten, so würden sie sich auch mit der Republik abfinden.

Daß der Innenminister die Souveränität der Länder anerkennen wolle, sei entschieden zu verurteilen. Jeder Reichsminister habe die Aufgabe, für die Reichseinheit und Souveränität einzutreten. (Beifall links.) In zehnjähriger Geschichte sei keine Spur von gesundem Föderalismus zu entdecken, sondern nur förmlicher Partikularismus, der das Reich nach außen schwächte. Bismarcks Bundesrat sei kein föderalistisches Organ, sondern nur der Schild der Kaiserregal gegenüber dem Reichstag gewesen, wie der Reichstag der Schild der Kaiserregal gegenüber den Ländern war. Und wie stehe es mit der Stammesangehörigkeit? Wälde bestände aus 25 000 Niedersachsen und 25 000 Hessen, die einander kaum verständen. Sollte man es für richtig, daß Preußen polizeilich aus Bayern ausgewiesen werden könne, daß in Bayern gegen die Reichsverfassung Titel und Orden eingeführt werden? Zu verlangen sei der Ausbau der Reichseinheit. Seine Fraktion beantrage daher zunächst Einführung der Reichsangehörigkeit an Stelle der Staatsangehörigkeit.

Abg. Vogel (Wirtsch. Volk.) wies auf die große Anteilnahme des Mittelstandes an den Kulturaufgaben hin. Die ungünstige Finanzlage des Reiches mache es aber unmöglich, den Forderungen der verschiedenen Parteien auf Erhöhung der Ausgaben zuzustimmen. Am Ausschuss seien bei dem Etat des Innenministeriums insgesamt 60 1/2 Mill. Reich Ausgaben über die ursprünglichen Etatätze hinaus gefordert worden. Die Wirtschaftspartei hoffe, daß die Amtsführung des neuen Ministers sie ebenso befriedigen werde wie die des alten.

Abg. Veit (Wirtsch. Volk.)

begnügte es, daß der Minister sich für die staatliche Eigenverantwortlichkeit der Länder ausgesprochen habe. Der sozialdemokratische preussische Innenminister betone sehr nachdrücklich die staatliche Eigenverantwortlichkeit Preußens. Auch Bayern müsse Achtung vor seinem staatlichen Eigenleben fordern. Notwendig sei der Wille, dem Staat zu dienen. Die Staatsform stehe in zweiter Linie. Wir bekennen uns zum Staat. Wir Bayern bekennen uns zum bayerischen Staat und zum Deutschen Reich.

## Das Gleichgewicht im Etat

Zie Verhandlungen zwischen Regierung und Parteien  
— Ansetzung Steuererhöhung

Berlin, 19. März.

Am Reichstage wurden gestern nachmittag die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den finanzsachverständigen Mitgliedern der Regierungsparteien über die Bilanzierung des Reichshaushaltsetats 1927 fortgesetzt. An den Beratungen beteiligten sich von der Regierung der Reichskanzler Dr. Wirth, der Finanzminister Dr. Brüning, der Landwirtschaftsminister Dr. Schuler, der Wirtschaftsminister Dr. Cuno und der Verkehrsminister Dr. Koch.

Die Grundsätze sind bekanntlich durch die bisherigen Beschlüsse und Anträge auf Erhöhung der Etatsmittel in einer ganzen Reihe von Ausgaben stark überspannt worden. In den Verhandlungen wird versucht, diese gespannte Lage durch Einsparnisse und Abzüge von den Erhöhungsanträgen wieder auszugleichen.

An Steuererhöhungen wird dabei nicht gedacht. Insbesondere können wir nach bestimmter Versicherung der unterrichteten Stellen mitteilen, daß an eine Erhöhung der Umsatzsteuer nicht gedacht ist und niemals gedacht werden ist. Die Mitteilung eines Berliner Zeitungsblattes, die von einer solchen Absicht wissen wollte, ist vollkommen grundlos.

Die Besprechungen zwischen der Regierung und den Parteiverträgern zogen sich bis zum Abend hin. Es ist bereits gelungen, die Summe des Defizits bis auf einen verhältnismäßig geringen Betrag herabzubringen. Die Einzelheiten entziehen sich vorläufig noch der Veröffentlichung. Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht eine Übersicht der Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben für die Zeit vom 1. April 1926 bis 28. Februar 1927. Danach gingen ein an fortlaufenden Beiträgen und Verkehrssteuern im Februar 375 996 442 Reichsmark, vom 1. April 1926 bis 28. Februar 1927 4 360 494 391 Reichsmark (für das Rechnungsjahr 1926 veranschlagt auf 4 476 Milliarden). Davon kamen an Einkommensteuern auf im Februar 130 020 143 Reichsmark, vom 1. April 1926 bis 28. Februar 1927 2 124 928 861 Reichsmark (2,1 Milliarden). — An einmaligen Beiträgen und Verkehrssteuern nahm das Reich ein im Februar 2 533 793 Reichsmark, vom 1. April 1926 bis 28. Februar 1927 45 919 921 Reichsmark (30 Millionen). Im ganzen sind an Beiträgen und Verkehrssteuern aufgenommen im Februar 378 529 835 Reichsmark, vom 1. April 1926 bis 28. Februar 1927 4 406 414 311 Reichsmark (4,406 Milliarden).

An Zöllen und Verbrauchsabgaben wurden eingenommen im Februar 196 531 050 Reichsmark, vom 1. April 1926 bis 28. Februar 1927 2 225 219 947 RM (2 959 300 000 Reichsmark). Der Mehrertrag an Steuern, Zöllen und Abgaben betrug im Februar 575 066 004 Reichsmark, vom 1. April 1926 bis 28. Februar 1927 6 631 854 327 Reichsmark (6 631 854 327 Reichsmark).

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Neuordnung des Reichsfinanzausgleichs, die bekanntlich für Sachsen eine ungünstige Wendung genommen haben, werden jetzt die Forderungen des sächsischen Staates für die Uebertragung seiner Staatsbahnen an das Reich erneut zur Diskussion gestellt. Der mit dem Reich abgeschlossene und vom Landtag gestimmte Vertrag vom 1. April 1920, der eine Abfindungssumme von, die zu einem Teile durch Uebernahme der fundierten und schwachen Staatsschulden Sachsens durch das Reich beglichen wurde.

Der die Änderung der Staatsform auf verfassungsmäßigem Wege erstrebt, ist deshalb noch kein Verfassungsbrecher. (Zurufe bei den Soz.) Schauen Sie mich doch an, sehe ich aus wie ein Revolutionär? (Gelächter.) Von dem Beamten verlangen wir das Verhalten zum Staat in dem Sinne, daß er seine Berufstätigkeit in den Dienst dieses Staates stellt.

In der Schlußfrage sagte der Minister selbst, er wolle den Eltern geben, was der Eltern sei und den Staats, was des Staates sei. Der Innenminister könnte Außenminister werden. So diplomatisch war das ausgedrückt. (Gelächter.) Zur Konkordatsfrage sagte er: Wir brauchen nicht Trennung von Kirche und Staat, sondern einträchtiges Zusammenleben zum Nutzen des Staates.

Abg. v. Kamin (Völk.) bekämpfte das parlamentarische System. — Abg. Gerschke (Komm.) kritisierte maßlos den Minister, von dem er sagte, er erziehe die Polizei zur Mißhandlung von Arbeitern (!).

Reichsminister von Reubell

beantwortete eine Anzahl der an ihn gerichteten Anfragen. Welche Bestimmungen des Republikfluchtgesetzes aufrecht erhalten werden sollen, werde zur Zeit im Reichsjustizministerium geprüft. Die Rückkehr des Kaisers sei nicht akut. Die Beschleunigung der Einstellung des Ministers pensionsebene liegt der Reichsregierung sehr am Herzen. Richtlinien über die Befähigung und Einstellung von Beamten würde demnächst das Kabinett beschließen. Das provozierende Tragen von Abzeichen durch Beamte im Verkehr mit dem Publikum sei untersagt.

Konkordatsverhandlungen haben anlässlich der Regierungsneubildung nicht stattgefunden. Die Restorts prüfen die Fragen, aber zu irgendwelchen Verhandlungen mit dem Seligen Stuhl ist es noch nicht gekommen.

Ueber das Privatschulwesen sind einheitliche Vereinbarungen mit den Ländern getroffen worden. Sobald die Zustimmung sämtlicher Länder erfolgt ist, werden sie dem Reichstage vorgelegt werden. Das Entschädigungsgesetz ist inzwischen fertiggestellt, seine baldige Durchführung wird angestrebt. In den nächsten Tagen wird der Entwurf dem Kabinett vorgelegt werden. Am 1. April sollen noch einmal Kinder in die untersten Klassen der Privatschulen aufgenommen werden können.

Verwaltungsreform und Verwaltungsoffiziere sind eine besonders wichtige Aufgabe des Innenministers, die möglichst bald zum Abschluß kommen muß. Das Problem der Staatsangehörigkeit ist völlig befriedigend nur international zu lösen. Bei der nächsten internationalen Privatrechtskonferenz ist eine Erörterung in Aussicht genommen. Selbstverständlichkeiten, wie die Reichseinheit, habe ich gestern nicht ausführlich behandeln wollen, ich konnte aber nicht zugeben, daß die Länder ihre Einheitsstaatlichkeit verloren hätten.

Zum Schluß wandte sich der Minister gegen von kommunistischer Seite vorgelegte Photographien, die seine angebliche Verbindung mit den Wehrverbänden beweisen sollten. Diese Photographien seien Fälschungen.

Die Beratung des Innenetats wird heute abgeschlossen.

Außerdem vertrieb ein Restaufgeld, das nach einem bescheidenen Schluß zu berechnen war. Eine Regelung dieser Restaufgabe, die von unterrichteter Seite auf 800 bis 900 Millionen Mark geschätzt wird, ist bisher noch nicht erfolgt.

Eine Einigung zwischen dem Reich und den beteiligten Ländern konnte in den bisher geführten Verhandlungen nicht erzielt werden. Bei der Regelung des Reichsfinanzausgleichs sollte diese Frage endgültig bereinigt werden. Da jetzt auch von Preußen und Bayern ähnliche Ansprüche geltend gemacht werden, wird Sachsen diese Angelegenheit nunmehr mit härterem Nachdruck verfolgen.

## Mordprozeß Wilms

Berlin, 19. März. In der heutigen Sitzung im Mordprozeß Wilms überreichte die Staatsanwaltschaft ein Schreiben des Chefs der Heeresleitung, General Hege, in dem sämtlichen von der Verteidigung dem Gericht benannten Offizieren, auch dem Obersten v. Bock, die Genehmigung zur unbefristeten Zeugnisaussage erteilt wird. „Dagegen“, so heißt es in dem Schreiben weiter, habe ich nach den Vorgängen der letzten Tage im gegenwärtigen Prozeß festzustellen, daß Offiziere, die zum Prozeß gegenstände dienlich in irgendwelchen Beziehungen stehen, als Sachverständige nicht geeignet sind, weil sie „aus diesem Grunde Angriffe der Verteidigung ausgeht sind, die dem dienstlichen Interesse der Wehrmacht nachteilig bereiten“. General Hege betont zum Schluß, daß der von ihm benannte Sachverständige, Oberst v. Hammerstein, über alle einschlägigen Fragen erschöpfend Auskunft zu geben in der Lage ist.

Nach längerer Bestätigung des Zeugen v. Bock über die Vorgänge in der Spandauer Zitadelle wurde auf Antrag des Rechtsanwalts Bloß die Testenheit ausgeschlossen.

† Ein Tornado, der zweite innerhalb 48 Stunden, hat in der vergangenen Nacht das nördliche Arkansas heimgesucht. In Greenforest wurden 25 Personen getötet.

† In Lodz hat die Mitteilung der polnischen Regierung, daß sie zu einer Vermittlung im Textilarbeiterstreik bereit sei, falls dieser sofort eingestellt werde, nicht zu einer Abfolge des für Sonnabend im Lodzer Bezirk angekündigten Generalstreikes geführt.

† Der portugiesische Flieger Sarmiento de Beiris und seine Begleiter, die gestern früh 6 Uhr 25 Minuten die Insel Fernando de Noronha an Bord ihres Flugzeuges verlassen hatten, sind gestern nachmittag in Port Natal (Brasilien) gelandet.

† Arbeiterentlassungen sind in Laurahütte (Polen) Ober-schlesien) vorgenommen worden. Die Entlassungen sollen im Zusammenhang mit den Schulkämpfen stehen. Die Angelegenheit ist dem Wojewoden der Provinz Ostoberschlesien vorgebracht worden.

† Der Schiedspruch im Ruhrbergbau ist Freitagmittag gefällt worden. Der Schiedspruch erhält unter Ablehnung der Vorschläge beider Parteien die Siebenstundentagesfrist. Die durch besonders Abkommen um eine Stunde verlängert werden kann, aufrecht. Der bisherige Mindestlohn ist um 5 Prozent erhöht worden. In der Urlaubfrage sind verschiedene Verbesserungen entsprechend den Vorschlägen der Arbeitnehmer getroffen worden. — Die Erklärungsfrist für den Schiedspruch läuft am 21. März ab.

† Wegen Betrugs verhaftet wurden am Freitag in Berlin 19 Personen, darunter mehrere Männer in angesehenen Stellungen. In allen Fällen sind Sparen des Mittelstandes den Betrügnern zum Opfer gefallen.

Witterungsaussichten. Wechselland bewölkt, etwas zur Unbeständigkeit neigendes Wetter. Mild, auch im Gebirge meist Wärmegebot. Schwache bis mäßige Winde aus nordwestlichen Richtungen.